

ZUR VERMEIDUNG VON MEERESMÜLL er Übung werden den Lernenden die internationalen Azzi

In dieser Übung werden den Lernenden die internationalen Anstrengungen im Kampf gegen Meeresmüll und allgemein gegen Verschmutzung vorgestellt. Sie recherchieren, welches die wichtigsten politischen Instrumente zum Schutz der Europäischen Regionalmeere sind und befassen sich mit den Basisinformationen dazu, u.a. mit den Zielen der Übereinkommen und Strategiepapiere, welche Länder beteiligt sind, Ziel-Ökosysteme, Teilziele (Meilensteine) und Maßnahmen.

FACHGEBIETE

Gesellschaftswissenschaften, Sprachen, Umweltwissenschaften

EMPFOHLENES ALTER

14-15 Jahre

DAUER

90 Minuten

LERNZIELE

- EU- und Regional-Politik sowie Initiativen zur Bekämpfung von Meeresmüll kennenlernen.
 - Meeresmüll als länderübergreifendes Anliegen verstehen lernen.

INTERNETQUELLEN

Meeresstrategie-Rahmenrichtlinie - MSRL (Marine Strategy Framework Directive - MSFD): http://ec.europa.eu/environment/water/marine Die Barcelona-Konvention (Barcelona Convention): www.unepmap.org Die Bukarest-Konvention (Bucharest Convention): www.blacksea-commission.org Die Helsinki-Konvention (Helsinki Convention): www.helcom.fi Die OSPAR-Konvention (OSPAR Convention): www.ospar.org Die MARPOL-Konvention (MARPOL Convention): www.imo.org/About/Conventions/ListOfConventions/Pages/ International-Convention-for-the-Prevention-of-Pollution-from-Ships-%28MARPOL%29.aspx Die Basel-Konvention (Basel Convention): www.basel.int



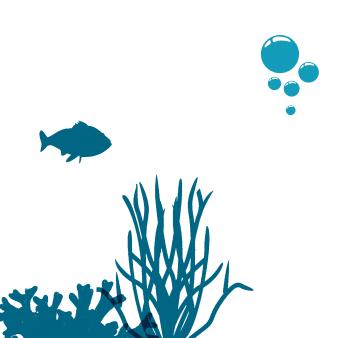
eeignete Gesetze sind entscheidende Werkzeuge im Kampf gegen das Meeresmüllproblem. Da das Problem globaler Natur ist, sind internationale Regulierungen erforderlich. Es gibt viele und detaillierte gesetzliche Rahmen, die für Meeresmüllquellen an Land und auf See gelten. Jedoch sind sie komplex und ihre Geltungsbereiche überschneiden sich, sie betreffen die globale, nationale und lokale Ebene. Trotz der Fülle an politischen Instrumenten bleibt ihre Durchsetzung weiterhin eine Herausforderung.

Auf EU-Ebene

Die EU-Meeresstrategie-Rahmenrichtlinie (MSRL)

Diese Richtlinie wurde 2008 verabschiedet und ist eines der wichtigsten gesetzlichen Instrumente, die eine Basis für europaweite Maßnahmen gegen Meeresmüll bieten. Ihr Ziel ist es, die Meeresumwelt in ganz Europa besser zu schützen und bis 2020 einen guten Zustand für die Meere zu erreichen. Die Mitgliedsstaaten sind dazu aufgefordert, ihre eigenen Strategien zur Meerespolitik in Bezug auf elf "Deskriptoren" (einer davon betrifft Meeresmüll) zu entwickeln. Die Strategie muss beinhalten (a) eine detaillierte Zustandsbeschreibung der Umwelt, (b) eine Definition für den "guten Umweltzustand" sowie (c) eindeutige Umweltziele und Monitoring-Programme. 2012 haben die Mitgliedsstaaten den Umweltzustand ihrer jeweiligen Meeresregionen bewertet, die wichtigsten Stressfaktoren identifiziert und Ziele sowie Monitoring-Indikatoren festgelegt. Bis 2015 müssen sie einen Maßnahmenkatalog ausarbeiten. Um das für 2020 festgelegte Ziel zu erreichen, ist ein stimmiger, koordinierter Ansatz unter Einbeziehung der Nachbarstaaten notwendig. Im Rahmen der MSRL hat sich 2010 eine technische Arbeitsgruppe zu Meeresmüll formiert, deren Rolle es ist, Mitgliedsstaaten im Umgang damit zu unterstützen. Diese Gruppe hat einen Überblick über den Meeresmüll-Status erstellt, der Quellen, Trends und Auswirkungen mit einbezieht.

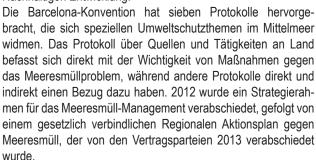
Über die MSRL hinaus gibt es einige weitere relevante EU-Instrumente, die Meeresmüll betreffen, z.B. die Richtlinien zu Abfall, Verpackungen, Mülldeponien, Hafenannahmestellen, Wasser, Badegewässer usw.



Auf EU-Regionalmeer-Ebene

Die Barcelona-Konvention (Mittelmeer)

Das Übereinkommen für den Schutz der Meeresumwelt und der Küstenzone des Mittelmeeres, auch als Barcelona-Konvention bekannt, wurde von 22 Mittelmeer-Anrainern verabschiedet. Das Übereinkommen wurde 1976 verabschiedet und 1995 zu heutiger Form novelliert. In diesem Zeitraum erweiterte sich sein Wirkungsbereich und umfasst nun auch Raumplanung und Integriertes Küstenzonenmanagement unter den Prinzipien der Nachhaltigen Entwicklung.



Die Bukarest-Konvention (Schwarzes Meer)

Das Übereinkommen zum Schutz des Schwarzen Meeres vor Verschmutzung, auch bekannt als Bukarest-Konvention wurde 1992 in Bukarest unterzeichnet und 1994 von sechs Vertragspartnern verabschiedet. Die Bukarest-Konvention hat das Ziel, Verschmutzungen aus Quellen an Land und aus dem Seeverkehr zu bekämpfen, eine nachhaltige Nutzung von Meeresorganismen als Ressourcen zu erreichen und eine nachhaltige Entwicklung anzustreben. Das Abkommen beinhaltet drei Protokolle: zu Verschmutzungsquellen an Land, zur Müllverklappung und zu Ölunfällen. Weil das Problem in der Schwarzmeerregion weder weithin anerkannt noch wirklich bekannt ist, gibt es noch immer keine spezifischen gesetzlichen Instrumente für den Umgang mit Meeresmüll. Das neue, aber noch nicht durchgesetzte "Protokoll zum Schutz der Meeresumwelt des Schwarzen Meeres vor Quellen und Tätigkeiten an Land" ist sehr wichtig, weil Meeresmüll darin als gefährliches Material aufgeführt wird.

Die Helsinki-Konvention (Ostsee)

1974 befasste sich ein einziges Übereinkommen, das von allen Anrainern unterzeichnet wurde, mit allen Verschmutzungsquellen rund um die Ostsee. Das Helsinki-Übereinkommen für den Schutz der Meeresumwelt der Ostsee trat 1980 in Kraft. Angesichts des politischen Wandels in Europa zu der Zeit wurde 1992 von allen Ostsee-Anrainern und der Europäischen Gemeinschaft eine aktualisierte Version unterzeichnet und im Jahr 2000 verabschiedet. Das Übereinkommen hat zum Ziel die Verschmutzung der Ostsee aus Flüssen, Flussmündungsbereichen, von Abwasser-Ausläufen und Pipelines, aus Verklappung und Seefahrt sowie aus der Luft zu reduzieren. Die Vertragsparteien haben mehrere Empfehlungen für den Schutz der Meeresumwelt verabschiedet, die direkt oder indirekt mit Meeresmüll zu tun haben. Bis vor kurzem wurde mangels vergleichender Studien und verlässlicher Daten Meeresmüll in der Ostsee nicht als großes Problem betrachtet, hat sich aber seitdem zu einem Thema zunehmender Besorgnis entwickelt, das weiter an Fahrt aufnimmt.





Die OSPAR-Konvention (Nordost-Atlantik)

Die OSPAR-Konvention zum Schutz der Meeresumwelt des Nordost-Atlantiks wurde 1992 verabschiedet und trat 1998 in Kraft. Sie "verschmolz" und aktualisierte die Oslo-Konvention (1972) zur Verklappung von Abfällen im Meer und die Paris-Konvention (1974) zur Meeresverschmutzung aus Quellen an Land. Die OSPAR-Konvention hat zum Ziel, die Verschmutzung aus Quellen an Land, aus der Verklappung, der Verbrennung und aus Offshore-Quellen zu bekämpfen sowie die Qualität der Meeresumwelt zu beurteilen. OSPAR und seine Vorgänger setzen sich schon lange thematisch mit Meeresmüll auseinander. Es gibt Meeresmüll Monitoringund Bewertungs-Programme. Die Initiative "Fishing for Litter" (Müllfischen) ist ein Vorzeigebeispiel einer Maßnahme zur Müllreduktion.

Auf globaler Ebene

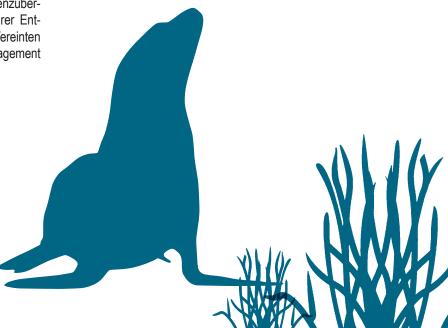
Zahlreiche internationale Abkommen beschäftigen sich direkt oder indirekt mit Meeresmüll. Das Internationale Übereinkommen zur Verhütung der Verschmutzung durch Schiffe (MAR-POL), insbesondere Anhang V, befasst sich speziell mit der Verhütung der Verschmutzung durch Müll von Fischereifahrzeugen sowie aus nichtgewerblicher und gewerblicher Schifffahrt. Die London-Konvention zur Vermeidung von Meeresverschmutzung durch die Verklappung von Müll und anderem Material beschäftigt sich mit dem Management aller Meeresverschmutzungsquellen. Andere verwandte Übereinkommen sind das Baseler Übereinkommen über die Kontrolle der grenzüberschreitenden Verbringung gefährlicher Abfälle und ihrer Entsorgung und das Seerechtsübereinkommen der Vereinten Nationen (UNCLOS), das ein Meeresressourcenmanagement anstrebt.

Wie Nichtraucher-Gesetze zur Zunahme von Zigarettenstummeln in den Straßen führten

Das kürzlich in vielen Ländern erlassene Rauchverbot im Inneren öffentlicher Gebäude, auch von Restaurants und Kneipen, hat viele Raucher nach draußen "getrieben". Das Rauchen auf der Straße, in Parks, in Autos ohne Aschenbecher und Gebäudeeingängen ohne Ascheimer hat dazu geführt, dass vermehrt Zigarettenstummel weggeworfen werden, die letztendlich über Regenwasserabfluss und Gullys im Meer landen. Anders ausgedrückt gibt es eine Lücke bei der Durchsetzung von Gesetzen (Rauchverbot gegen Verschmutzungsverbot) zum Nachteil der Umwelt. Abgesehen davon, dass das behoben werden sollte, könnten Aufklärungskampagnen und Bildungsprogramme zusammen mit Präventionsmaßnahmen wie z.B. der Förderung tragbarer Aschenbecher und dem Aufstellen von Ascheimern an Übergangspunkten Abhilfe schaffen.









Notizbücher und Stifte

Schritt-für-Schritt-Anleitung

Die Lehrkraft erklärt die unterschiedlichen Verwaltungsebenen: lokal, national und international.

Die Lernenden lesen sich die Infoboxen durch und finden mittels Recherche heraus, welche politischen Instrumente (Strategiepläne, Übereinkommen etc.) ihr Land unterzeichnet und verabschiedet hat.

In Gruppen analysieren die Lernenden diese umfassenden politischen Instrumente und fragen nach dem Folgenden:

- Welche allgemeinen Ziele hat das Übereinkommen/der Strategieplan? Beinhaltet das Übereinkommen das Monitoring, den Vollzug oder beides?
- · Welche Länder sind am Übereinkommen beteiligt?
- · Welche Ökosysteme betrifft es: Küsten, Meere, Meeresboden?
- Welche überprüfbaren Ziele gibt es? Bis wann müssen sie erreicht werden?
- Welche Mechanismen existieren auf Regionalebene, um seine Umsetzung zu kontrollieren?

Die Lernenden konzentrieren sich auf die Gesetzgebung, das Bezugssystem und die Aktionspläne in ihrem Land, die mit dem jeweiligen politischen Instrument konform sind. Sie sprechen dann die folgenden Fragen an:

- · Gibt es einen geltenden Aktionsplan?
- · Welche Behörden sind für dessen Umsetzung zuständig?
- Welche übergeordneten Handlungen oder Maßnahmen sieht der Aktionsplan vor?
- · Liegen bereits dokumentierte Ergebnisse vor?

Die Lernenden bringen das Thema bei lokalen oder nationalen Behörden zur Sprache, indem sie z.B. einem/-r Bürgermeister/
-in, einem/-r Abgeordneten etc. einen Brief schreiben oder ihn/sie interviewen. Die folgenden Fragen könnten in solch einem Interview gestellt werden:

- Kennen Sie die geltenden politischen Instrumente und Ma
 ßnahmen, die sich mit dem Meeresm
 üllproblem befassen?
- · Sind Sie im Stande sie umzusetzen?
- Wenn ja, wann und wie? / Falls nicht, warum nicht?
- · Welche Faktoren müssen berücksichtigt werden, um sie besser durchzusetzen?
- · Wer sollte besser informiert werden?



Erweiterungsübung

Die Lernenden führen eine kurze Umfrage durch, um herauszufinden, ob bestimmte Zielgruppen wissen, welche Übereinkommen das eigene Land unterzeichnet hat. Solche Zielgruppen könnten u.a. sein: Inhaber/-innen von Strandgeschäften, Fischer/-innen, Leute aus der Hafenverwaltung, Besatzungen von Frachtschiffen und Kreuzfahrtschiffen etc. Falls diese Zielgruppen schlecht informiert sind, denken sich die Lernenden aus, mit welcher Aktion sie ihr Bewusstsein steigern können.







